Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/1135
20.01.2016

N e u d r u c k

Rechtsausschuss

54. Sitzung (öffentlich)

20. Januar 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 18:35 Uhr

Vorsitz: Dr. Ingo Wolf (FDP)

Protokoll: Helmut Röhrig

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 Aktuelle Viertelstunde: Art, Umfang und Zeitplan für die Umsetzung der den Geschäftsbereich des Justizministeriums betreffenden Punkte des 15-Punkte Programms der Landesregierung *(s. Anlage 1)* **8**

In Verbindung mit

Unterrichtung der Landesregierung: Umsetzung des in der Plenarsitzung des Landtags am 14.01.2016 vorgestellten 15-Punkte-Programms der Landesregierung für den Geschäftsbereich der Justiz *(s. Anlage 2)* **8**

Bericht der Landesregierung

In Verbindung mit

Sachstand strafrechtlicher Ermittlungen wegen massiver Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen NRW-Städten *(s. Anlage 3)* **8**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3628

2 Verfahren über die Anträge **45**

1. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunal-politische Vereinigung ist verfassungswidrig.

2. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunal-politische Vereinigung wird aufgelöst.

3. Es ist verboten, Ersatzorganisationen für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung zu schaffen oder bestehende Organisationen als Ersatzorganisationen fortzusetzen.

4. Das Vermögen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen Junge Nationaldemokraten, Ring Nationaler Frauen und Kommunalpolitische Vereinigung wird zugunsten der Bundesrepublik Deutschland für gemeinnützige Zwecke eingezogen.

Antragsteller:

Bundesrat, vertreten durch den Präsidenten des Bundesrates, Leipziger Straße 3-4,10117 Berlin, Bevollmächtigte: 1. Prof. Dr. Christoph Möllers, c/o Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin, 2. Prof. Dr. Christian Waldhoff, c/o Bundesrat, Leipziger Straße 3-4, 10117 Berlin –

Antragsgegnerin:

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), vertreten durch den Bundesvorsitzenden Frank Franz, Berlin, Bevollmächtigter: Rechtsanwalt Peter Richter, LL.M., Birkenstraße 5, 66121 Saarbrücken –

2 BvB 1/13

Vorlage 16/3556

Der Ausschuss beschließt, an dem Termin nicht teilzunehmen.

3 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Städte Münster und Blomberg sowie der Gemeinde Hellenthal, § 9 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – GFG 2015) vom 18. Dezember 2014 (GV. NRW. 2014 Nr. 43, S. 929 – 968) verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung **46**

VerfGH 17/15
Vorlage 16/3576

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren nicht Stellung zu nehmen.

4 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Stadt Bonn, der Gemeinde Much und der Stadt Velbert, §§ 8 Ab. 3 Satz 2 und 3, 27 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2015 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2015 – GFG 2015) vom 18. Dezember 2014 (GV. NRW. S. 933 ff.) i. V. m. Anlage 3 zu diesem Gesetz verletzten die Vorschriften der Landesverfassung über das Recht der gemeindlichen Selbstverwaltung **47**

VerfGH 18/15
Vorlage 16/3620

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, zu dem verfassungsgerichtlichen Verfahren nicht Stellung zu nehmen.

5 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW) **48**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Der Rechtsausschuss kommt überein, fakultativ an der Sachverständigenanhörung am 7. März 2016 teilzunehmen.

6 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen **49**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

Der Rechtsausschuss kommt überein, fakultativ an der Sachverständigenanhörung am 14. April 2016 teilzunehmen.

7 Opfern von Straftaten den Gang in den Zeugenstand erleichtern: Psychosoziale Prozessbegleitung stärken! *(s. Anlage zu TOP 7)* **50**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/10064

Hinzuziehung eines Vertreters des Justizministeriums Baden-Württemberg

8 Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen vor dem Kollaps – Rot-Grün muss belastbares Konzept für die Zukunft des Strafvollzugs vorle-gen und nicht willkürlich Haftplätze abbauen! *(s. Anlage)* **62**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/8940
Vorlage 16/3627

Auswertung der schriftlichen Anhörung

9 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Untersuchungshaft in Nordrhein-Westfalen (Untersuchungshaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen- UVollzG NRW) vom 27. Oktober 2009 (GV. NRW. S. 540) – § 79 Absatz 2 UVollzG Nordrhein-Westfalen **67**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3565

10 Bericht der Landesregierung zum Sachstand der bei der Zentralstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zur Bekämpfung nationalsozialistischer Massenverbrechen anhängigen Verfahren 69

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3569

– ohne Diskussion –

11 Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW) – Bericht über die Erfahrungen mit dem Stiftungsgesetz 70

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3573

12 Bericht der Vollzugskommission des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen über die Ergebnisse ihrer Besuche in Vollzugseinrichtungen – Jahresbericht 2015 71

Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission
Vorlage 16/3602

In Verbindung mit

Informationsreise der Vollzugskommission des Rechtsausschusses nach Hessen (Justizvollzugsanstalt Kassel I) am 13.04.2015

Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission
Vorlage 16/3181

In Verbindung mit

Informationsreise der Vollzugskommission im Rechtsausschuss nach Zürich/Schweiz vom 15. bis 16. September 2015

Bericht des Vorsitzenden der Vollzugskommission
Vorlage 16/3372

13 Sachstand strafrechtlicher Ermittlungen gegen bekannte Tätergruppen mit arabischen bzw. nordafrikanischen Wurzeln in Köln und Düsseldorf: Taschendiebstähle, Antanzen, Drogenhandel oder Raubüberfälle mit Körperverletzung – Düsseldorfer SOKO Casablanca zählt über 2.200 Tatverdächtige; Kölner Ermittler kritisieren Justiz **76**
(TOP beantragt von der FDP; s. Anlage 3 zu TOP 1)

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/3629

14 Verschiedenes **77**

Der Rechtsausschuss kommt überein, die Sitzung am 13. April 2016 als auswärtige Sitzung in Detmold durchzuführen.

* * *

6 Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10379

Vorsitzender Dr. Ingo Wolf merkt an, dieser Gesetzentwurf sei ebenfalls nach der ersten Lesung durch das Plenum am 16. Dezember 2016 federführend an den Innenausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überwiesen worden.

Der federführende Innenausschuss werde am 14. April 2016 eine Sachverständigenanhörung durchführen. Er, Wolf, schlage vor, dass der Rechtsausschuss fakultativ an dieser Anhörung teilnehmen solle.

> Der Rechtsausschuss kommt überein, fakultativ an der Sachverständigenanhörung am 14. April 2016 teilzunehmen.